

Peter Eichhorn

# Neue Staatswirtschaft

Rückkehr des Merkantilismus?



wbg Academic

Peter Eichhorn  
Neue Staatswirtschaft



Peter Eichhorn

# Neue Staatswirtschaft

Rückkehr des  
Merkantilismus?

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische  
Daten sind im Internet über <http://dnd.d-nb.de> abrufbar.

wbg Academic ist ein Imprint der wbg  
© 2020 by wbg (Wissenschaftliche Buchgesellschaft), Darmstadt  
Die Herausgabe des Werkes wurde durch die  
Vereinsmitglieder der wbg ermöglicht.

Satz: SatzWeise, Bad Wünnenberg  
Gedruckt auf säurefreiem und  
alterungsbeständigem Papier  
Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: [www.wbg-wissenverbindet.de](http://www.wbg-wissenverbindet.de)

ISBN 978-3-534-40231-1

Elektronisch sind folgende Ausgaben erhältlich:

E-Book (PDF): 978-3-534-40232-8

E-Book (epub): 978-3-534-40233-5

# Inhalt

Einführung . . . . .	7
Kapitel 1 Extensive Gebührenpolitik . . . . .	13
Kapitel 2 Expansiver Markteintritt . . . . .	25
Kapitel 3 Verbetriebswirtschaftlichung . . . . .	33
Kapitel 4 Doppik statt Kameralistik . . . . .	51
Kapitel 5 Manager im öffentlichen Sektor . . . . .	59
Kapitel 6 Staatshilfen und Beteiligungen . . . . .	71
Kapitel 7 Rekommunalisierungen . . . . .	79
Kapitel 8 Merkantile Schutzschirme? . . . . .	83
Auswahlbibliografie . . . . .	89



# Einführung

Nahezu unbemerkt von Politik, Wissenschaft, Medien und Allgemeinheit vollzieht sich seit geraumer Zeit in Deutschland, teilweise auch in anderen Staaten, eine Entwicklung, die man als Neue Staatswirtschaft bezeichnen kann.

Bereits im Zeitalter des Absolutismus ab dem 16. Jahrhundert, jener ersten Erscheinungsform des modernen Staates mit der Erhebung der Souveränität zum Kriterium der Staatlichkeit, fördern die Territorialstaaten in Spanien, Frankreich, England, Holland, Deutschland und Österreich mit ihrer Staatswirtschaft, damals Merkantilismus genannt, Außen- und Binnenhandel, Gewerbe und Manufakturen unter staatlicher Aufsicht. Der Merkantilismus, der in Frankreich nach dem seinerzeit bedeutendsten Minister von König Ludwig XIV. (1638–1715), Jean Baptiste Colbert (1619–1683), Colbertismus und in Deutschland Kameralismus hieß (vom lateinischen *camera principis*, also fürstliche Schatzkammer), suchte den Wohlstand des Königs und der Fürsten sowie das Wohl der Untertanen zu mehren.

Die merkantile Wirtschaftsförderung folgt keiner ausgefeilten Theorie, eher separaten Einsichten in ökonomische Zusammenhänge aus Sicht des Staates. Trotz mancherlei Ungereimtheiten und Begünstigungen wur-



de diese Wirtschaftspolitik vom aufstrebenden Bürger-tum positiv betrachtet. Schließlich bot sich die Gelegen-heit, Reichtum und Macht selbst zu erwerben und die tradierten Standesgrenzen zu überwinden.

Kritisch gegen die Systemlosigkeit und Sprunghaf-tigkeit staatlicher Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen äußerten sich hingegen die französischen Physiokraten, namentlich François Quesnay (1694–1774) und Anne Robert Jacques Turgot (1727–1781). Sie waren mit dem Zustand Frankreichs in der zweiten Hälfte des 18. Jahr-hunderts unzufrieden, der durch Bevölkerungsrück-gang, Inflation, hohe und ungleich verteilte Steuerlasten sowie unzureichende Agrarwirtschaft gekennzeich-net war. Von der allein produktiven Landwirtschaft erhoffte man sich Überschüsse zur Sanierung der Staatsfinan-zen. Man forderte die Abschaffung von Handelshem-missen, die Aufhebung protektionistischer Maßnahmen und die Öffnung des Außenhandels. Damals entstand das Sprichwort: *Laissez faire, laissez passer, le monde va de lui-même*.

Zu den Kritikern des Merkantilismus gehörte vor allem auch der schottische Moralphilosoph und Natio-nalökonom Adam Smith (1723–1790). Er leitete (mit heutigen Worten) einen Paradigmenwechsel ein, indem er vom Standpunkt des Individuums aus argumentierte. Nach seinem individuell-liberalen System soll jeder im wohlverstandenen Eigeninteresse handeln, und spiele sich dieser Wettbewerb im Rahmen staatlich garan-tierter Grund- und Freiheitsrechte ab, bewirke die „in-visible hand“ allgemeinen Wohlstand. Das Eigenin-teresse sei mithin der Hebel für das Gemeinwohl.

Grundsätzlich stellt sich die Frage nach der Rolle des

Staates in der Wirtschaft. Sie wurde in den Zeitläufen unterschiedlich beantwortet. Bis heute werden die Diskussionen kontrovers geführt. Oft mehr ideologisch als pragmatisch. Merkantilismus, Physiokratie und Liberalismus beruhen auf verschiedenen Ausgangslagen, betonen die Interessen diverser Akteure (Staat, Agrarbetriebe, Gewerbetreibende), vertreten gegensätzliche Positionen zu den Prinzipien Bindung und Freiheit sowie zu den Koordinationsinstrumenten Plan und Markt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg boten sich in Westeuropa Möglichkeiten ordnungspolitischer Erneuerung. In Frankreich nahm es nicht Wunder, dass man Tradition und Modernität, Zentralstaat und Wirtschaftsfreiheit mit der Planifikation zum Ausgleich bringen wollte. Durch staatlich vorgegebene Richtwerte für Produktion und Investition und kredit- und finanzpolitische Hilfen und Beschränkungen hoffte man, krisenfestes und stetiges Wachstum zu erreichen. In Deutschland wurde die Soziale Marktwirtschaft entworfen. In Abschwächung einer reinen Marktwirtschaft schützt der Staat als Sozialstaat wirtschaftlich Schwache und stellt für diese ein menschenwürdiges Dasein und eine angemessene Beteiligung am allgemeinen Wohlstand sicher.

Mittlerweile hat sich die Europäische Union mit einer Wirtschafts- und Währungsunion etabliert. Ihre Wirtschaftspolitik ist dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb verpflichtet. Das bedeutet: keine Binnengrenzen und freier Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen den 27 Mitgliedstaaten. Sie betreiben Wirtschaftspolitik als Ordnungs-, Prozess- und Strukturpolitik.